



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 12/2011
Juli 2011

Energiegesetze beschlossen

Dreieinhalb Monate nach der Havarie des Kernkraftwerks von Fukushima am 11. März 2011 wurden im Bundestag klare und schlüssige Folgerungen für die deutsche Energieversorgung beschlossen (siehe auch letzter Newsletter).

Eines der acht Gesetze muss am 8. Juli noch vom Bundesrat bestätigt werden: Das „**Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden**“. Hiervon profitieren ab sofort insbesondere Besitzer von Eigenheimen, für die neue steuerliche Anreize gesetzt werden: Sanierungsmaßnahmen, die zu einer überdurchschnittlichen Energieeffizienz führen, verringern auf zehn Jahre verteilt die Steuerbemessungsgrundlage. Damit soll eine möglichst umfassende Gebäudemodernisierung gefördert werden.

EU macht Ernst mit Finanztransaktionssteuer

Die Europäische Kommission macht ernst mit einer europaweiten Finanztransaktionssteuer: Die Abgabe soll ab 2014 zur Finanzierung des EU-Haushalts beitragen, berichteten diese Woche mehrere Zeitungen.

Denkbar ist demzufolge ein Steuervolumen zwischen 10 und 20 Milliarden Euro, das auch bei geringen Steuersätzen zu erzielen wäre. Deutschland, Österreich, Frankreich, Luxemburg unterstützen die Idee einer Finanztransaktionssteuer im Grundsatz - aus Großbritannien ist dagegen mit Widerstand zu rechnen. Die Engländer fürchten Nachteile für ihre ausgeprägte Finanzbranche.

Seit längerer Zeit wird darüber diskutiert, Spekulationen über eine Besteuerung von Börsengeschäften einzudämmen und die Finanzbranche an den Kosten der weltweiten Krise zu beteiligen. Pläne für eine weltweite Finanztransaktionssteuer waren bisher in der Gruppe der G20, der wichtigsten Wirtschaftsnationen, gescheitert.

Ziel der Union ist es, die Abgabe möglichst europaweit und damit einschließlich des Finanzzentrums London einzuführen. Das Aufkommen daraus soll aber den Haushalten der EU-Mitgliedstaaten zustehen.



Einigung bei Bankenbeteiligung für Griechenland

Die deutschen Banken beteiligen sich mit 3,2 Milliarden Euro freiwillig an einem zweiten Hilfspaket für den Euro-Pleitekandidaten Griechenland. Das verabredete Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Donnerstag in Berlin in einem Spitzengespräch mit Vertretern der Finanzwirtschaft.

Die Banken engagieren sich direkt mit zehn Milliarden Euro in griechischen Staatsanleihen. Sie sollen nun Anleihen freiwillig verlängern. Zusätzlich hat die staatliche Förderbank KfW bislang Kredite über 8,4 Milliarden Euro an Athen als Teil der deutschen Griechenland-Hilfen ausgezahlt.

Eine komplett freiwillige Einbindung der Privatgläubiger ist wichtig, damit Rating-Agenturen diese Maßnahme nicht als Zahlungsausfall bewerten. Dies würde die Schuldenkrise in der Euro-Zone dramatisch verschärfen. Letzte Details sollen bis Sonntag geklärt werden.

Auf dem Sondertreffen der Euro-Finanzminister am 3. Juli soll das zweite Hilfspaket für Griechenland beschlossen werden. Dann könnte auch die im Juli fällige Hilfszahlung von 12 Milliarden Euro aus dem bestehenden Rettungsprogramm von Internationalem Währungsfonds (IWF) und den Euro-Partnern freigegeben werden. Damit würde eine Staatspleite Griechenlands abgewendet.

Bundesfreiwilligendienst startet

Der Startschuss ist gefallen: Der 1. Juli bedeutet nicht nur das Ende von Wehrpflicht und Zivildienst, sondern auch den Beginn des Bundesfreiwilligendienstes (BFD). Dieser soll es nicht nur ermöglichen, dass ehemalige Zivildienststellen weiterhin besetzt werden können, sondern auch die bereits bestehenden Freiwilligendienste wie FSJ und FÖJ ergänzen.

Glücklicherweise besteht rechtzeitig zum Start die Gewissheit, dass nicht nur Teilnehmer am FSJ und FÖJ Kindergeld erhalten, sondern auch die Teilnehmer am BFD. Zwar ist dies gesetzgeberisch noch nicht beschlossen, jedoch hat das Bundesfinanzministerium die Familienkassen angewiesen, entsprechende Kindergeldanträge zurückzustellen und erst nach dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zu bearbeiten, so dass dann das Kindergeld ab dem 1. Juli rückwirkend gezahlt werden kann.

Ist-Besteuerungsgrenze soll fortgeführt werden

Am 31. Dezember droht die Ist-Besteuerungsgrenze von 500.000 Euro auszulaufen, die als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise mittelständischen Unternehmen bundesweit gewährt worden ist. Die Möglichkeit der Ist-Besteuerung würde ab 2012 der mittelständischen Wirtschaft in weiten Teilen dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Mit der Ist-Besteuerung haben Unternehmen die Möglichkeit, die Umsatzsteuer erst nach Begleichung der Rechnung durch den Leistungsempfänger ans Finanzamt abzuführen. Liefere die jetzige Regelung aus, würde die Grenze bundesweit von 500.000 Euro auf 250.000 Euro zurückfallen.

Die Bundesregierung hat sich nun positioniert und befürwortet die dauerhafte Verlängerung der geltenden Umsatzgrenze über das Jahr 2011 hinaus.



Der Generalsekretär der CDU, Herrmann Gröhe, sprach in Erfurt zum Thema „Freiheit und Verantwortung – Politik und christliches Menschenbild“

Fachkräftemangel bekämpfen

In erster Lesung wurde diese Woche das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ beraten. Mit dem neuen Gesetz sollen vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftebedarfs Qualifikationspotentiale im Inland stärker aktiviert und gleichzeitig die Attraktivität Deutschlands für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland erhöht werden.

Das Gesetz sieht für den Zuständigkeitsbereich des Bundes Ansprüche auf eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen vor. Die Länder sind gefordert, sich bei der Anerkennung durch Landesrecht geregelter Berufe an diesen Maßstäben zu orientieren.

Bildungsniveau in Deutschland steigt

Langsam aber sicher wird die Bildungsrepublik Realität. Das zeigen einige neue Statistiken:

- Nie haben mehr Schüler eines Jahrgangs die Hochschulreife erreicht (30%). Die Zahl der Schulabbrecher (7%) ist hingegen gesunken.
- Auch bei PISA schneidet Deutschland besser ab: Die 15-jährigen Schüler haben sich zwischen 2000 und 2009 um 13 Punkte im Bereich Lesen gesteigert. In den Bereichen Naturwissenschaften und Mathematik liegen wir jetzt über dem OECD-Durchschnitt.
- Die Zahl der Bafög-Studenten, die einen Teil ihres Studiums im Ausland verbringen, konnte signifikant erhöht werden.
- Insgesamt studieren nun 46 Prozent aller Menschen eines Jahrgangs, 2005 waren es nur 37 Prozent.

Erfurts Kirchen mit dem Rad erkunden

Mit dem Fahrrad möchten wir die Kirchen im Erfurter Umland besichtigen. Jeder ist eingeladen, am 16. Juli 2011 an dieser Radtour teilzunehmen. Treffpunkt ist 10.00 Uhr in Bindersleben an der St. Lukas Kirche oder schon 9.00 Uhr vor dem Theater Erfurt von wo aus wir gemeinsam mit der Straßenbahn oder die Sportlichen schon mit dem Fahrrad nach Bindersleben aufbrechen.

Anmeldungen im Bürgerbüro sind erwünscht. Das genaue Programm finden Sie auf meiner Homepage.

Impressum

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 01.07.2011